

CDU: Verkehrsministerium hat neue Variante für A 281

Fraktionschef spricht von günstigerer Alternative zu bisherigen Plänen / Sprecherin der Baubehörde will sich dazu nicht äußern

VON FRAUKE FISCHER

Bremen. Das Thema A 281 hat viele Kapitel. Und es wird offenbar um ein weiteres reicher. Während die Bremer CDU jetzt mit Details aus einem Finanzierungsangebot des Bundesverkehrsministeriums zur Stadtautobahn operiert, hält sich die hiesige Baubehörde bedeckt. Ob ein Angebot auf der Basis einer um mehrere Millionen Euro günstigeren Bauweise der strittigen Trassenführung im Umfeld des Flughafens diskutiert wird, will Behördensprecherin Brigitte Köhnlein „weder kommentieren noch dementieren“. Nur so viel sagt sie: „Die Gespräche stehen ganz kurz vor dem Abschluss.“

Dabei ist eines klar: Es geht um eine Autobahn, ein Projekt des Bundes also, das Bremen in seinem Auftrag baut. Ein gutes Jahr ist es her, dass nach vielen Mühen, Protesten und Gesprächen am eigens einberufenen Runden Tisch eine Einigung über die Trassenführung erzielt werden konnte. Ein Tunnel kam bei den Debatten ins Spiel, der Lärmemissionen reduziert und damit Anwohner schont. Die Idee als Ergebnis des Runden Tisches wurde damals so skizziert: Die bisherige Trasse der Stadtautobahn soll weiter südlich als bisher geplant in einen Trog geführt werden, aus dem nach

etwa 200 Metern ein richtiger Tunnel wird, der sich unter der Neuenlander Straße hindurchschlängelt und in die Unterführung der Kreuzung Kattenturmer Heerstraße/Neuenlander Straße mündet.

Allein die Frage, wer und zu welchen Anteilen die Mehrkosten von geschätzten 24 Millionen Euro trägt, wird bis heute zwischen Bund und Senat, zwischen Bundesverkehrsministerium und Bremer Baubehörde diskutiert. Bis zur Sommerpause – das hatten Bürgermeister Jens Böhrnsen und Verkehrsminister Peter Ramsauer Ende Mai vereinbart – wollen sich Berlin und Bremen geeinigt haben.

Der Bremer CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp operiert nun mit Details aus dem Bundesverkehrsministerium, die er auf Nachfrage erhalten habe. Das Berliner Finanzierungsangebot ist demnach um zehn Millionen Euro günstiger als die Variante vom Runden Tisch. Es sieht einen kürzeren Trog vor. Die Realisierung der geplanten B6n (vom Flughafen bis

Brinkum) werde dabei gewährleistet. Und das alles, so Röwekamp, „bei gleichen Lärmesswerten“ wie die teurere Variante. Der Vorteil für Bremen: Der Bund übernimmt bei dieser Lösung sechs Millionen Euro der nur noch 14 Millionen Euro Mehrkosten. Begründung: Ein Teil der anfallenden Kosten könnten für den nächsten Bauabschnitt, den Anschluss an die A 1, umgebucht werden, meint Röwekamp. „Der Flächennutzungsplan müsste entspre-

chend angepasst werden“, sagt er. Bremen müsste dann nur noch acht Millionen Euro für Mehrkosten beisteuern. Zur teureren Variante des Runden Tisches könne der Bund nur eine halbe Millionen Euro zugeben, da der Bundesrechnungshof höhere Zuzahlungen nicht zulasse, erklärt CDU-Fraktionschef Röwekamp.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), hatte vor einigen Wochen bereits in einem Interview mit unserer Zeitung erklärt, welche Voraussetzungen notwendig seien, damit sich der Bund an Mehrkosten für die A 281 beteilige. „Bremen muss nachweisen, dass die neue Variante beim Lärmschutz oder beim Städtebau so viel besser ist, dass sie die Mehrkosten rechtfertigt“, hatte er gesagt und hinzugefügt: „Wenn das nicht der Fall sein sollte, können die Bremer sich trotzdem die Variante wünschen. Nur dann müssen sie sie auch selbst bezahlen.“

